

Dicke Luft nach dem Bez-Entscheid

Döttingens Gemeinderat stimmte gegen die Bez Klingnau, zum Unmut von Schulpflege und Partnergemeinden – Ammann nimmt Stellung.

Philipp Zimmermann

Seit Jahrzehnten werden in der Bezirksschule in Klingnau auch Döttinger und Koblenzer Jugendliche unterrichtet – seit einigen Jahren unter einem Dach mit allen Sek- und Realschülern. Die drei Gemeinden auf der rechten Seite des Klingnauer Stausees bilden den Kreisverband Oberstufe Unteres Aaretal (OSUA). Gemäss dem Bez-Entscheid des Aargauer Regierungsrats vom Sommer 2020 verschwindet die Klingnauer Bez aber von der Bildfläche. Erhalten bleiben die Standorte in Bad Zurzach, Endingen und Leuggern. Die Döttinger Schüler müssen neu nach Leuggern, die über keine Oberstufe unter einem Dach verfügt, Klingnauer und Koblenzer fahren nach Bad Zurzach.

Die Grundlagen für den Bez-Entscheid erarbeitete das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS), dem Alex Hürzeler (SVP) vorsteht. Nebst den Berechnungen – bei denen es zu Fehlern kam, wie die AZ aufzeigte – führte das BKS eine Vernehmlassung bei den Gemeinden durch. Nun ging es einzig noch um den Standort in der Region Unteres Aaretal/Kirchspiel. Über drei Varianten wurde abgestimmt: A (Bez Klingnau), B1 (Bez Leuggern) und B2 (neuer Standort Kleindöttingen).

Kreisschulverband (je zwei Gemeinderäte) und Kreisschulpflege der OSUA sowie die drei Primarschulpflegen favorisierten die Variante A. Das zeigen Re-



Die Klingnauer Schützenmatte wurde vom Bez- zum Oberstufenschulhaus.

Bild: Philipp Zimmermann

cherchen und die Unterlagen zum Bez-Entscheid, welche die AZ gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz vom BKS erhielt. Die Variante A werde von ihm «in Absprache mit der Schulpflege Koblenz sowie dem Gemeindeverband Oberstufe Unteres Aaretal und der Kreisschulpflege OSUA» unterstützt, hielt etwa der Gemeinderat Koblenz fest.

Gemeinderäte und Schulpfleger konnten Unterlagen des BKS nach dem Entscheid in Aarau einsehen. Mit grosser Überraschung stellten jene aus Klingnau und Koblenz fest, dass der Döttinger Gemeinderat gar nicht für die Variante A abgestimmt hat. An der folgenden Sit-

zung des Kreisschulverbands herrschte offenbar dicke Luft.

Ammann argumentiert mit Schulweg

Warum stimmte der Döttinger Gemeinderat anders als die Partnergemeinden und wie von der eigenen Schulpflege empfohlen? Gemeindeammann Peter Hirt antwortet, dass die Döttinger Schüler bei der Variante A nach Zurzach hätten fahren müssen: «Das sieht der Gemeinderat als grossen Nachteil.» Die Zugfahrt nach Bad Zurzach dauert 16 Minuten (plus 5 Minuten Fussweg), mit dem Bus nach Leuggern sind es 8 Minuten. Nach Leuggern und Kleindöttingen

wären die Bez-Schüler von Döttingen in etwa den gleichen Schulweg wie nach Klingnau, führt Hirt aus – obwohl sie nach Leuggern vier Kilometer weiter haben als nach Klingnau. Die Varianten B1 und B2 wären vertretbar, B2 noch besser als B1.

Kritisch stand der Gemeinderat auch der Variante mit einem gemeinsamen Schulkreis für die Bez-Standorte Klingnau und Bad Zurzach gegenüber. Hierbei hätten nur so viele Schüler als nötig aus Klingnau und Döttingen in Zurzach unterrichtet werden sollen, damit dieser Standort das gesetzliche Minimum von 108 Schülern erreicht. Hirt: «Gegenüber der Bevölkerung wäre ein

«Die Fahrt nach Zurzach sehen wir als grossen Nachteil.»



Peter Hirt
Gemeindeammann Döttingen

Schulweg nach Zurzach, auch wenn es allenfalls nur anteilmässig Schüler betroffen hätte, schwerer zu vertreten, wenn es im Nachbardorf eine Bez gibt.» Zudem habe es sich im OSUA-Verband um einen Mehrheitsbeschluss gehandelt.

Wieso hat der Gemeinderat Döttingen die anderen OSUA-Gemeinden nicht darüber informiert, dass er anders abgestimmt hat? Peter Hirt: «Wir haben unseren Entscheid anlässlich einer Sitzung mit einer Delegation der Schulpflege, vor der Eingabe an den Regierungsrat, persönlich kommuniziert. Die zwei Döttinger Vertreter der OSUA-Schulpflege gehören ebenfalls der

Döttinger Schulpflege an. Aus meiner Sicht war damit die Information an die OSUA gewährleistet.» Klingnauer Stadtmann Reinhard Scherrer will dies auf Anfrage nicht kommentieren.

Vizeammann Schödler wird Entscheid angekreidet

Im Wahlkampf wurde Döttingens Vizeammann Peter Schödler (parteilos) mehrfach der Gemeinderatsentscheid gegen die Bez Klingnau angekreidet. Er kandidiert wie Gemeinderat Michael Mäder (SVP) als Gemeindeammann; Hirt tritt ab. Schödler hat das Ressort Schule inne und vertritt Döttingen somit, wie Gemeinderätin Ester Blum (parteilos), im OSUA-Kreisschulverband. Auf Anfrage verweist Schödler auf einen Leserbrief in der Lokalzeitung «Die Botschaft», in dem er sich zum Vorwurf äusserte: Im Gemeinderat gelte das Mehrheitsprinzip, eine Entscheidung werde in globo gegen aussen getragen, schrieb er. Schödler ist auch im Fünfer-Wahlvorschlag der Bürgerlichen IG Döttingen, einer Allianz von FDP und SVP, nicht aufgeführt. Gründungsmitglied Claudia Simon (FDP) sagt: «Der Bez-Entscheid war mit ein Grund für unseren Vorschlag.» Die ehemalige Schulpflege-Präsidentin ergänzte: «Wir haben in Döttingen schon vor Jahren, wie von Alex Hürzeler selbst gefordert, auf die Oberstufe unter einem Dach in Klingnau hingearbeitet. Dass wir diese nun wieder verlieren, ist unverständlich.»

Die Stadtpolizei überwachte ein Fahrverbot per Fotokamera – doch die gesetzliche Grundlage fehlte, so ein Richter.



RECHTSWIDRIG ÜBERFRESSEN

Nachricht

Fusion Baden-Turgi: Start zur zweiten Projektphase

Region Nach dem Ja der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Baden und Turgi zur Ausarbeitung eines Fusionsvertrags am 13. Juni ist der Start zur Projektphase II erfolgt. Darin diskutieren vier neue Arbeitsgruppen die Themen Freizeit/Vereine, Kultur, Jugend und Alter. Im Gegensatz zur Projektphase I sind die Arbeitsgruppen laut einer Mitteilung beider Gemeinden nicht nur aus Mitgliedern von Behörden und Verwaltung zusammengesetzt: Es werden Interessenvertreterinnen und -vertreter aus den einzelnen Themenbereichen einbezogen. So sitzen zum Beispiel Vertreterinnen der Dorfvereinsvereinigung Turgi, der Präsident des Seniorenrats Region Baden und der Präsident der IG Sportvereine mit am Tisch. Parallel dazu wird der Fusionsvertrag ausgearbeitet, und noch offene Fragen aus der ersten Projektphase werden geklärt. Der Fusionsvertrag wird im Herbst 2022 in den Einwohnerrat Baden beziehungsweise vor die Gemeindeversammlung Turgi kommen. Sagen beide Gremien Ja, haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im März 2023 an der Urne das letzte Wort. Bei einem erneuten Ja in beiden Gemeinden wird die Fusion per 1. Januar 2024 vollzogen. (az)